

Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

15. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 7. Dezember 1961

Nummer 42

Gliederungs- nummer GS. NW.	Datum	Inhalt	Seite
114	7. 11. 1961	Gesetz zur Bereinigung des in Nordrhein-Westfalen geltenden preußischen Rechts . . .	325

114

Gesetz zur Bereinigung des in Nordrhein-Westfalen geltenden preußischen Rechts

Vom 7. November 1961

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Die seit dem 1. Januar 1806 in den folgenden Verkündungsblättern veröffentlichten preußischen Rechtsvorschriften oder Teile von ihnen, die in die Anlage I zu diesem Gesetz nicht aufgenommen sind, treten außer Kraft, soweit sie nicht schon früher ihre Geltung verloren haben:

1. Die Gesetzesammlung für die Königlichen Preußischen Staaten, ab 1907: Preußische Gesetzesammlung,
2. a) Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger,
- b) Finanzministerialblatt, ab 1941: Preußisches Finanzministerialblatt und Besoldungsblatt,
- c) Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung, ab 1933: Ministerialblatt für Wirtschaft und Arbeit, ab 1936: Ministerialblatt für Wirtschaft,
- d) Ministerialblatt für die gesamte innere Verwaltung in den Königlich Preußischen Staaten, ab 1908: Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung, ab 1936: Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern,
- e) Ministerialblatt der (bis 1918 Königlich) Preußischen Verwaltung für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, ab 1933: Ministerialblatt des Preußischen Landwirtschaftsministeriums und der Landesforstverwaltung, ab 1935: Ministerialblatt der Preußischen Landwirtschaftlichen Verwaltung und Landesforstverwaltung, ab 1936: Reichsministerialblatt der Landwirtschaftlichen Verwaltung; ferner ab 1937: Reichsministerialblatt der Forstverwaltung,
- f) Zentralblatt für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen, ab 1935: Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung,
- g) Ministerialblatt für Medizinalangelegenheiten, ab 1920: Volkswohlfahrt, Amtsblatt des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt.

(2) Durch die Aufnahme in die Anlage I wird eine ungültige Vorschrift nicht gültig.

(3) Die Anlage 1 wird als Sonderband des Gesetz- und Verordnungsblattes des Landes Nordrhein-Westfalen herausgegeben.

§ 2

Folgende Vorschriften werden geändert:

1. Grundsteuergesetz für die westlichen Provinzen vom 21. Januar 1839 (PrGS. S. 30):

§ 31 erhält folgende Fassung:

(1) Die Katasterkarten und -bücher sowie deren Unterlagen werden bei den kreisfreien Städten und Landkreisen als Katasterbehörden aufbewahrt und von diesen geführt.

(2) Jeder, der ein berechtigtes Interesse darlegt, kann die Katasterkarten und -bücher unentgeltlich einsehen und ist berechtigt, sich gegen Zahlung der vorgeschriebenen Gebühren Auszüge aus denselben erteilen zu lassen.

2. In § 4 des Gesetzes betreffend den erleichterten Abverkauf kleiner Grundstücke vom 3. März 1850 (PrGS. S. 145) und in § 4 Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 13. April 1841 über den erleichterten Austausch einzelner Parzellen von Grundstücken vom 27. Juni 1860 (PrGS. S. 384)

werden die Worte „über die Verwendung der Ablösungskapitalien“ durch die Worte „des § 76 des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) sinngemäß“ ersetzt.

3. Allgemeines Berggesetz vom 24. Juni 1865 (PrGS. S. 705):

§ 38 a wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Sätze 2 und 3 gestrichen.
- b) Absatz 2 wird gestrichen.
- c) In Absatz 3 erster Halbsatz wird vor dem Wort „Urteil“ das Wort „verwaltungsgerichtliches“ eingefügt.
- d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.
- e) In Absatz 4 treten an die Stelle der Worte „Abs. 1 bis 3“ die Worte „Absatz 1 und 2“.
- f) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3.

In § 38 b Abs. 4

werden die Worte „durch den Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger“ durch die Worte „im Bundesanzeiger“ ersetzt.

4. Gesetz betreffend die Errichtung von Marksteinen vom 7. April 1869 (PrGS. S. 729):

§ 6 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Die kreisfreien Städte und Landkreise haben als Katasterbehörden dafür zu sorgen, daß die Marksteine in ordnungsgemäßem Zustand erhalten bleiben. Jede Gefährdung, Beschädigung oder Verrückung eines Marksteins haben sie unverzüglich dem Landesvermessungsamt anzuzeigen.

5. Schiedsmannsordnung vom 29. März 1879 (PrGS. S. 321):

§ 1 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

(3) Die Abgrenzung der Bezirke erfolgt:

1. In den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern durch den Rat der Gemeinde,
2. für die Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern durch den Kreistag.

6. Gesetz betreffend Bildung einer Genossenschaft zur Regelung der Vorflut und zur Abwässerreinigung im Emschergebiet vom 14. Juli 1904 (PrGS. S. 175):

a) In den §§ 7 Abs. 2 und 9 Abs. 1 wird das Wort „Einsprüche“ durch „Einwendungen“ ersetzt.

b) An die Stelle des § 8 Abs. 1 bis 3 tritt folgender Absatz 1:

(1) Die Einwendungen werden von dem Vorstand nach Ablauf der Einwendungsfrist geprüft. Er ist befugt, über die Einwendungen mündlich oder schriftlich zu verhandeln. Die Beitragsliste ist, soweit erforderlich, zu berichtigen.

Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 2.

7. Gesetz betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten vom 28. August 1905 (PrGS. S. 373):

§ 3 erhält folgende Fassung:

Bei Seeschiffen ist die Anzeige einer übertragbaren Krankheit an das Gesundheitsamt des ersten nach Eintritt der Erkrankung angelaufenen deutschen Hafenplatzes, bei Binnenschiffen und Flößen dem Gesundheitsamt der nächstgelegenen Anlegestelle zu erstatten.

8. Kreis- und Provinzialabgabengesetz vom 23. April 1906 (PrGS. S. 159):

In § 10 Abs. 1 Satz 1

wird das Wort „kann“ durch „soll“ ersetzt.

9. Entwässerungsgesetz für das linksniederrheinische Industriegebiet vom 29. April 1913 (PrGS. S. 251) — Entwässerungsgesetz —, Ruhrreinhaltungsgesetz vom 5. Juni 1913 (PrGS. S. 305), Ruhralsperrengesetz vom 5. Juni 1913 (PrGS. S. 317) und Lippegesetz vom 19. Januar 1926 (PrGS. S. 13):

a) In § 12 Abs. 1 Satz 2 Entwässerungsgesetz

werden die Worte „macht sie dabei mit Ort und Zeit der Auslegung und dem Rechtsmittel bekannt“ durch die Worte „weist sie darauf hin, daß sie Einwendungen erheben können“ ersetzt.

b) In § 13 Abs. 1 Satz 1 Ruhrreinhaltungsgesetz,

§ 20 Abs. 1 Satz 1 Ruhralsperrengesetz und

§ 13 Satz 1 Lippegesetz

werden die Worte „macht sie dabei mit dem Rechtsmittel bekannt“ durch die Worte „weist sie darauf hin, daß sie Einwendungen erheben können“ ersetzt.

c) In § 13 Abs. 1 Satz 2 Ruhrreinhaltungsgesetz,

§ 20 Abs. 1 Satz 2 Ruhralsperrengesetz und

§ 13 Satz 2 Lippegesetz

werden die Worte „das Rechtsmittel“ durch die Worte „die Möglichkeit, Einwendungen zu erheben“ ersetzt.

d) In § 12 Abs. 2 Satz 1 Entwässerungsgesetz,

§ 13 Abs. 2 Satz 1 Ruhrreinhaltungsgesetz,

§ 20 Abs. 2 Satz 1 Ruhralsperrengesetz und

§ 13 Satz 3 Lippegesetz

werden die Worte „steht den Genossen der Einspruch zu, der schriftlich beim Vorstand anzubringen ist“ durch die Worte „können die Genossen Einwendungen erheben, die schriftlich bei dem Vorstand anzubringen sind“ ersetzt.

e) In § 12 Abs. 2 Satz 2 Entwässerungsgesetz,

§ 13 Abs. 2 Satz 2 Ruhrreinhaltungsgesetz,

§ 20 Abs. 2 Satz 2 Ruhralsperrengesetz und

§ 13 Satz 4 Lippegesetz

wird das Wort „Einspruchsfrist“ durch „Frist für die Erhebung der Einwendungen“ ersetzt.

f) § 13 Entwässerungsgesetz,

§ 14 Ruhrreinhaltungsgesetz,

§ 21 Ruhralsperrengesetz und

§ 14 Lippegesetz

erhalten folgende Fassung:

„Die Einwendungen werden von dem Vorstand nach Ablauf der Einwendungsfrist geprüft. Er ist befugt, über die Einwendungen mündlich oder schriftlich zu verhandeln. Die Beitragsliste ist, soweit erforderlich, zu berichtigen.“

g) In § 14 Abs. 1 Entwässerungsgesetz,

§ 15 Satz 1 Ruhrreinhaltungsgesetz,

§ 22 Ruhralsperrengesetz und

§ 15 Satz 1 Lippegesetz

wird das Wort „Einsprüche“ durch „Einwendungen“ ersetzt.

h) In § 18 Abs. 3 Ruhrreinhaltungsgesetz,

§ 26 Abs. 2 Satz 2 Ruhralsperrengesetz und

§ 18 Satz 2 Lippegesetz

werden die Worte „sowie ihre Anfechtung“ gestrichen.

§ 3

Die nicht in die Anlage I zu diesem Gesetz aufgenommenen Rechtsvorschriften bleiben auf Rechtsverhältnisse und Tatbestände anwendbar, die während der Geltung der Vorschriften ganz oder zum Teil bestanden haben oder entstanden sind.

§ 4

Von der Aufhebung (§ 1 Abs. 1) ausgenommen sind

1. Rechtsvorschriften, die den im Gesetz- und Verordnungsblatt (GV. NW.) und der Sammlung des bereinigten Landesrechts für das Land Nordrhein-Westfalen (GS. NW.) veröffentlichten Neubekanntmachungen zugrunde liegen,
2. Rechtsvorschriften, die Rechtsvorschriften aus der Zeit vor dem 1. Januar 1806 lediglich abändern, ergänzen oder einführen,
3. Rechtsvorschriften über die Änderung der Grenzen von Gemeinden und Kreisen,
4. Staatsverträge und Abkommen einschließlich der zu ihrer Inkraftsetzung ergangenen Vorschriften,
5. Satzungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften, Anstalten und Stiftungen,

6. Rechtsvorschriften, die die Beziehungen zwischen Staat und Kirchen regeln (staatskirchenrechtliche Vorschriften).

§ 5

Von der Aufhebung (§ 1 Abs. 1) sind ferner die in der Anlage II zu diesem Gesetz aufgeführten Vorschriften ausgenommen.

§ 6

Das Gesetz tritt am 1. Januar 1962 in Kraft.

Düsseldorf, den 7. November 1961

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten
zugleich als Minister für Bundesangelegenheiten

Dr. Sträter

Der Finanzminister
zugleich für den Innenminister

Pütz

Der Minister für Wirtschaft,
Mittelstand und Verkehr

Dr. Lauscher

Der Minister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Niermann

Der Arbeits- und Sozialminister

Grundmann

Der Minister für Landesplanung,
Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten

Erkens

Der Kultusminister

Schütz

Der Justizminister

Dr. Flehinghaus

Anlage II

**Anlage zu § 5 des Gesetzes zur Bereinigung
des in Nordrhein-Westfalen geltenden preußischen Rechts**

- 1.¹⁾ Das Regulativ vom 17. November 1841 wegen Unterhaltung der durch die Staatswaldungen in der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz führenden öffentlichen Wege, mit Ausschluß der Staats- und Bezirksstraßen (PrGS. S. 406);
2. a) die Wiesenordnung für den Kreis Siegen vom 28. Oktober 1846 (PrGS. S. 485),
b) das Quellenschutzgesetz vom 14. Mai 1908 (PrGS. S. 105),
c) das Wassergesetz vom 7. April 1913 (PrGS. S. 53),
d) die §§ 29 bis 31 des Ruhrreinhaltungsgesetzes vom 5. Juni 1913 (PrGS. S. 305), die §§ 27 bis 29 des Entwässerungsgesetzes für das linksniederrheinische Industriegebiet vom 29. April 1913 (PrGS. S. 251), die §§ 28 bis 30 des Lippegesetzes vom 19. Januar 1926 (PrGS. S. 13), die §§ 29 bis 31 des Niersgesetzes vom 22. Juli 1927 (PrGS. S. 139), die §§ 29 bis 31 des Wuppergesetzes vom 8. Januar 1930 (PrGS. S. 5);
3. a) das Preußische Gesetz gegen die Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden vom 2. Juni 1902 (PrGS. S. 159),
b) das Preußische Gesetz betreffend die Gründung neuer Ansiedlungen vom 10. August 1904 (PrGS. S. 227) in der Fassung der Verordnung vom 6. Dezember 1918 (PrGS. S. 194),
c) das Gesetz betreffend Ausdehnung des Ansiedlungsgesetzes vom 10. August 1904 auf die Rheinprovinz vom 18. Dezember 1923 (PrGS. S. 555),
d) das Preußische Gesetz gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden vom 15. Juli 1907 (PrGS. S. 260),
e) das Preußische Gesetz über baupolizeiliche Zuständigkeiten vom 15. Dezember 1933 (PrGS. S. 491),
f) die Preußische Polizeiverordnung über Feuer- und Standsicherheit baulicher Anlagen vom 27. Februar 1942 (PrGS. S. 15);
- 4.²⁾ a) Edikt zur Beförderung der Landeskultur vom 14. September 1811 (PrGS. S. 300),
b) Verordnung wegen Organisation der Generalkommissionen und der Revisionskollegien zur Regulierung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, insgleichen wegen des Geschäftsbetriebes bei diesen Behörden vom 20. Juni 1817 (PrGS. S. 161),
c) Gemeinheitsteilungsordnung vom 7. Juni 1821 (PrGS. S. 53),
d) Gesetz über die Ausführung der Gemeinheitsteilungs- und Ablösungsordnung vom 7. Juni 1821 (PrGS. S. 83),
e) Verordnung vom 30. Juni 1834, wegen des Geschäftsbetriebes in den Angelegenheiten der Gemeinheitsteilungen, Ablösungen und Regulierung der gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, als Anhang zur Verordnung vom 20. Juni 1817 und dem Gesetze vom 7. Juni 1821 (PrGS. S. 96),
f) Gesetz wegen Sicherstellung der Rechte dritter Personen bei gutherrlich-bäuerlichen Regulierungen, Gemeinheitsteilungen, Ablösungen usw. vom 29. Juni 1835 (PrGS. S. 135),
g) Verordnung über die Beschränkung des Provokationsrechts auf Gemeinheitsteilungen vom 28. Juli 1838 (PrGS. S. 429),
h) Gesetz wegen Deklaration und näherer Bestimmung des § 164 der Gemeinheitsteilungsordnung vom 7. Juni 1821 D. d. 31. März 1841 (PrGS. S. 75),
i) Allerhöchste Kabinettsorder vom 18. Dezember 1841 betreffend die Gültigkeit und exekutorische Kraft der von den Generalkommissionen und übrigen Auseinandersetzungsbehörden bestätigten Rezesse (PrGS. 1842 S. 17),
j) Allerhöchste Deklaration vom 30. Juli 1842 über die Auslegung der §§ 10 und 62 der Verordnung vom 30. Juni 1834 wegen des Geschäftsbetriebes in Auseinandersetzungsangelegenheiten, die Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden hinsichtlich der Verwendung der Abfindungskapitalien betreffend (PrGS. S. 245),
k) Verordnung betreffend den Geschäftsgang und Instanzenzug bei den Auseinandersetzungsbehörden vom 22. November 1844 (GS. 1845 S. 19),
l) Allerhöchste Deklaration einiger Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Gemeinheitsteilungsordnung vom 7. Juni 1821, betreffend das nutzbare Gemeindevermögen vom 26. Juli 1847 (PrGS. S. 327),
m) Gesetz betreffend die Ergänzung und Abänderung der Gemeinheitsteilungsordnung vom 7. Juni 1821 und einiger anderen über Gemeinheitsteilungen ergangenen Gesetze vom 2. März 1850 (PrGS. S. 139),
n) Gesetz betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulierung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse vom 2. März 1850 (PrGS. S. 77),
o) Gemeinheitsteilungsordnung für die Rheinprovinz, mit Ausnahme der Kreise Duisburg und Rees, sowie für Neuvorpommern und Rügen vom 19. Mai 1851 (PrGS. S. 371),
p) Gesetz über das Kostenwesen in Auseinandersetzungsachen vom 24. Juni 1875 (PrGS. S. 395),
q) Gesetz betreffend die Berichtigung des Grundsteuerkatasters und der Grundbücher bei den Auseinandersetzungen vor Bestätigung des Rezesses vom 26. Juni 1875 (PrGS. S. 325),
r) Gesetz betreffend das Verfahren in Auseinandersetzungsangelegenheiten in der vom 1. Januar 1900 ab geltenden Fassung vom 10. Oktober 1899 (PrGS. S. 403),
s) Gesetz betreffend die Ausdehnung der für die Zusammenlegung der Grundstücke im Geltungsbereich des Rheinischen Rechts geltenden Zuständigkeits-, Verfahrens- und Kostenvorschriften auf die nach der Gemeinheitsteilungsordnung vom 19. Mai 1851 zu behandelnden Teilungen und Ablösungen in den Landesteilen des linken Rheinufers vom 12. Mai 1902 (PrGS. S. 139),
t) Gesetz über die Änderung der Gesetze betreffend die Ablösung von Reallasten vom 9. Januar 1922 (PrGS. S. 7),
u) Zweites Gesetz über die Änderung der Gesetze betreffend die Ablösung der auf Dienstbarkeit beruhenden Berechtigung vom 13. Dezember 1927 (PrGS. S. 293),
v) Gesetz zur Abänderung des Gesetzes über das Kostenwesen in Auseinandersetzungsachen vom 24. Juni 1875 (PrGS. S. 395) vom 27. Juni 1935 (PrGS. S. 87);
5. a) Gesetz betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den Kirchengemeinden und Parochialverbänden der evangelischen Landeskirche und der älteren Provinzen der Monarchie vom 14. Juli 1905 (PrGS. S. 277),
b) Gesetz betreffend die Erhebung von Kirchensteuern in den katholischen Kirchengemeinden und Gesamtverbänden vom 14. Juli 1905 (PrGS. S. 281),
c) Verordnung über die Ausübung der Rechte des Staates gegenüber der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen der Monarchie vom 23. März 1906 (PrGS. S. 53),
d) Verordnung über die Ausübung der Rechte des Staates gegenüber den Kirchengemeinden und Gesamtverbänden in der katholischen Kirche vom 23. März 1906 (PrGS. S. 56),
e) Gesetz zur Änderung des Kirchensteuerrechts der evangelischen Landeskirchen vom 3. Mai 1929 (PrGS. S. 35),

1) Diese Vorschrift wird durch § 69 Nr. 16 des Landesstraßengesetzes vom 28. November 1961 (GV. NW. S. 305) aufgehoben.

2) Diese Vorschriften werden durch § 23 des Gemeinheitsteilungsgesetzes vom 28. November 1961 (GV. NW. S. 319) aufgehoben.

- f) Gesetz zur Änderung des Kirchensteuer- und Umlagerechts der katholischen Kirche vom 3. Mai 1929 (PrGS. S. 43);
6. a) Gesetz betreffend den Forstdiebstahl vom 15. April 1878 (PrGS. S. 222),
b) Feld- und Forstpolizeigesetz vom 1. April 1880 (PrGS. S. 230),
c) Verordnung zum Schutze der Felder und Gärten gegen fremde Tauben vom 4. März 1933 (PrGS. S. 64);
7. a) Waldkulturgesetz für den Kreis Wittgenstein vom 1. Juni 1854 (PrGS. S. 329),
b) Gesetz betreffend Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften vom 6. Juli 1875 (PrGS. S. 416),
c) Haubergordnung für den Kreis Sieger vom 17. März 1879 (PrGS. S. 228),
d) Gesetz über gemeinschaftliche Holzungen vom 14. März 1881 (PrGS. S. 261),
e) Gesetz betreffend die Regelung der Forstverhältnisse für das ehemalige Justizamt Olpe im Kreise Olpe, Regierungsbezirk Arnsberg, vom 3. August 1897 (PrGS. S. 285);
8. Gesetz zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit vom 29. Juli 1922 (PrGS. S. 213);
9. a) Gesetz betreffend die Dienstbezüge der Kreistierärzte vom 24. Juli 1904 (PrGS. S. 169),
b) Ausführungsgesetz zum Viehseuchengesetz vom 25. Juli 1911 (PrGS. S. 149) und
c) die im Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger veröffentlichten Viehseuchenverordnungen vom
1. Mai 1912 (Nr. 105),
6. November 1924 (Nr. 270),
13. Mai 1925 (Nr. 134),
2. Januar 1926 (Nr. 4),
24. August 1929 (Nr. 208),
9. März 1934 (Nr. 64),
9. Februar 1938 (Nr. 36),
9. Dezember 1938 (Nr. 292),
23. September 1939 (Nr. 228),
27. Dezember 1940 (Nr. 350),
28. März 1941 (Nr. 84),
21. August 1941 (Nr. 195);
10. a) Preußische Ausführungsanweisung zur Gewerbeordnung vom 1. Mai 1904 (HMBL. S. 123),
b) Vorschriften für den Gewerbebetrieb der Personen, die gewerbsmäßig Leben oder Eigentum fremder Personen bewachen (Bewachungsgewerbe) vom 18. Januar 1928 (HMBL. S. 22).

— GV. NW. 1961 S. 325.

Hinweis

Der Sonderband (S. 1 Abs. 3 des Gesetzes) wird im Laufe des Monats Dezember ausgeliefert.

Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,25 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Mannesmannufer 1 a, Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Gesetz- und Verordnungsblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 5,50 DM, Ausgabe B 6,60 DM.